



FRANS VAN DER REEP

ist ein inspirierender Vor-
denker aus den Niederlan-
den, seit 2003 Professor für
Digitales an der Fachhoch-
schule Inholland und seit
langer Zeit Senior Strategie-
Berater bei KPN. Sein
Schwerpunkt: Internet-Ein-
fluss auf Leben und Arbeit.
Interviews mit Van der Reep
erschieden in zahlreichen
niederländischen und inter-
nationalen Zeitungen und
Zeitschriften. Zudem bloggt
und schreibt er über aktuelle
Trends in folgenden Berei-
chen: Strategie, Marketing
und Sales, HRM, Finanzen
zukunftsweisende Innovati-
onen, ICT und BPM. Er ist
regelmäßiger Sprecher bei
(internationalen) Fachkon-
ferenzen zu den genannten
Themen.

Politische Bildung und/ oder Wirtschaftspolitik?

Ein Beitrag von Frans van der Reep, Niederlande

Jede Regierung will uns als Wähler davon überzeugen, dass ihre politischen Standpunkte sowie die sich daraus entwickelnde Politik angemessen und richtig sind. Ist ja auch logisch. Selbstverständlich werden dabei die stärkeren Argumente in ein besseres Licht gerückt als die schwächeren. Diese günstige Politikbeeinflussung, das *Impression Management*, ist in unserer demokratischen Gesellschaft ein Recht der Politiker. Pläne und Ambitionen dürfen in ihrer Präsentation einfacher und zugänglicher beschrieben werden, um es den Wählern zu ermöglichen, diese auch ohne Fachleute oder Wörterbuch zu verstehen. Aber wie schön wir diese auch manchmal finden, dürfen wir uns von den „schlagenden“ Argumenten, die genutzt werden, nicht blindlings begeistern lassen.

Als Beispiele, was noch zulässig und was leider nicht mehr zulässig ist, möchte ich die Argumente nennen, die Brüssel sowie die europäischen Finanzminister vorbringen, um die Politik um die Verminderung der Staatsverschuldung sowie die sogenannte 3-prozentige Norm zu rechtfertigen. Letztere kennt übrigens kein wissenschaftliche und ausschließlich eine politische Begründung. Das erste Argument ist meistens, dass die im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung auftretenden höheren Zinszahlungen sowohl den zukünftigen Generationen als auch dem Staat zur Last fallen. Was vielleicht leichter darstellbar, aber grundsätzlich auch falsch ist, ist der Vergleich zwischen dem Staatshaushalt und dem Familienhaushalt als Argument, um diese Politik „verkaufen“ zu können.

Einseitig oder falsch?

Das erste Beispiel ist eigentlich nicht falsch, sondern eher einseitig. Der Bürger wird wahrscheinlich Parallelen zu den gestiegenen Wohnkosten ziehen, wodurch ihm monatlich weniger seines Geldes bleibt. Warum ist dieses Beispiel einseitig? Wo bezahlt wird, gibt es auch einen Empfänger. Wir dürfen nicht vergessen, dass von den Zinsen Personen und Institutionen bezahlt werden (institutionelle Anleger), die über Staatsobligationen verfügen. Die Annahme, dass höhere Zinslasten des Staates die Größe des sogenannten „nationalen Kuchens“ verkleinern, ist nicht ganz richtig - sicher nicht in den Niederlanden, wo ein Großteil der Staatsverschuldung von den Niederländern selbst finanziert wird. Korrekter wäre die Interpretation, dass der Staatskuchen etwas kleiner und der private dagegen etwas größer wird. Es ist besser, die Zinszahlungen des Staates als eine negative Steuer zu sehen: was



... Politische Bildung und/oder Wirtschaftspolitik?

dem einen fehlt, kommt dem anderen zugute. Nur wenn ein Löwenteil der Staatsverschuldung von Ausländern finanziert wäre, würden die Zinszahlungen des Staats den nationalen Kuchen etwas kleiner machen.

Gehen wir jetzt zum zweiten Beispiel: Der Vergleich zwischen dem Staatshaushalt und dem Privathaushalt. Um zu erklären, warum dieser Vergleich wirklich falsch ist, machen wir einen kurzen Ausflug zum Begriff „Wirtschaftszyklus“. Lassen wir den Bäcker um die Ecke als Beispiel dienen: Er backt 200 Brote und diese verkauft er zu 2 Euro das Stück. Gehen wir davon aus, dass der Bäcker dafür Zutaten im Wert von 100 Euro benötigt, die er bei seinem benachbarten Händler gekauft hat. Wir beginnen also mit 100 Euro für die Zutaten und enden mit 400 Euro für das verkaufte Brot. Nachdem der Bäcker die Rechnung seines Nachbarn beglichen hat, liegt der Wert der vorhandenen Produkte bei 300 Euro. Natürlich ist die Realität etwas komplizierter, aber wir produzieren und wir importieren, um produzieren zu können, und wir exportieren, um unseren Import damit bezahlen zu können. Der Wirtschaftszyklus besteht darin, mit dem erzielten Einkommen die laufende Produktion zu ermöglichen. Der Bäcker und sein Zulieferer können zusammen für 400 Euro weiter kaufen. Das werden die beiden aber nicht tun. Deutschland und die Niederlande tun das grosso modo makroökonomisch schon.

Der Bäcker verkauft jedoch auch nur dann alle Brote, wenn das vom erhofften Kunden erzielte Einkommen tatsächlich ausgegeben wird. Einsparungen auf der Kundenseite führen zur Vorratsbildung auf der Seite des Bäckers. Er kann das Brot nicht verkaufen, mit dem Ergebnis, dass er das nächste Mal wahrscheinlich weniger Brote backen wird. Der Wirtschaftszyklus äußert sich darin, dass wir zuerst produzieren und danach die im Produktionsprozess gebildeten Einkäufe nutzen, um die produzierten Güter zu kaufen. In der Praxis sparen wir und nutzen unser Einkommen nur zum Teil. Vielleicht gilt das nicht für jeden. Für die Wirtschaft in den Niederlanden und Deutschland ist das der Fall.

Was würde das genau für die Produzenten bedeuten? Einsparungen würden für sie bedeuten, dass sie die eigenen Produkte auf dem Binnenmarkt nur beschränkt absetzen können. Daraus ergibt sich für die Produzenten ein gezwungener Vorrat, weil sie den stagnierten Umsatz nicht mit einem den Import ersetzenden Absatz auf dem Binnenmarkt sowie dem Export ausgleichen können. Wenn Produzenten den Nachfragemangel auf dem Binnenmarkt auf diese Weise nicht ausgleichen können, bilden sich Vorräte. Das führt zur Verminderung der Produktionskapazitäten in den kommenden Perioden und damit zum niedrigeren Nationaleinkommen: die Deflationsspirale. Und bei Wiederholung führt das zum Abwärtstrend.

Wenn wir auf diese Spirale mit höheren Einsparungen reagieren würden, um die eigene finanzielle Situation unter Kontrolle zu halten, würde das die Gesamtsituation nur verschlimmern. Um solche Deflationsspirale vorzubeugen, darüber besteht schon längere Zeit Einigkeit bei den Ökonomen, muss



... Politische Bildung und/oder Wirtschaftspolitik?

der Staat die Staatsverschuldung akzeptieren, um damit eventuelle Nachfrageminderung als Folge von privaten Einsparungen aufzufangen. Auf diese Weise wird man einen Ausgabenrückgang vorbeugen. Der Staat muss sich verschulden, um private Sparüberschüsse auszugleichen. Und das ist wirklich eine andere Situation als bei Ihnen oder bei mir zu Hause. Diese zwei Haushaltsarten können nicht ohne Weiteres miteinander verglichen werden.

Deutschland und die Niederlande haben übrigens seit Jahren makroökonomische Sparüberschüsse. Das macht die Minderung der Staatsverschuldung eigentlich zu einem obsoleten Thema.

Staat als Unternehmer

Wenn ein Unternehmen Geld leiht, um eine sinnvolle Investition damit zu finanzieren, freuen wir uns darüber. Warum tun wir das nicht, wenn der Staat dasselbe tut? Investitionen in Infrastruktur, Krankenpflege, Bildung sind in der Regel sehr rentabel. Aus einer Untersuchung ergibt sich, dass, eine gute kulturelle Infrastruktur mehr Geld bringt. Bei der Staatsverschuldung müsste man nicht nur auf den Umfang schauen sondern auch auf die Bestimmung der Investitionsmittel: Wie hoch sind die Einnahmen? Wo werden sie verwendet? (Mehr dazu lesen Sie in: *Markt ohne Grenzen, oder....?*, KM Magazin, Nr. 83, Oktober 2013, Seite 20-22). Wenn das Schulgeld plötzlich erhöht wird, die Bibliothek um die Ecke teurer wird oder die Maut eingeführt wird, tut es doch weh, wenn man das selbst bezahlen muss, nicht wahr?

Zum Schluss

Die Bestimmung der zulässigen Staatsverschuldung, die in einer 3-prozentigen Norm resultiert, ist ein politischer Beschluss. Das bedeutet noch immer, dass wir begreifen müssen: Was makroökonomisch passiert und was manchmal logisch erscheint, ist es bei näherer Betrachtung nicht mehr. Schöne Argumente zur Verdeutlichung der Politik sind prima. Diese dürfen aber grundsätzlich nicht falsch sein. Demokratie erwünscht. Keine Dämonkratie. ¶

